



# Deutscher Bundestag

Berlin, den 10. November 2006

Persönliche Erklärung zur Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung des Mandats Operation Enduring Freedom

Fünf Jahre nach den schrecklichen Anschlägen vom 11. September 2001 bleibt der international geführte Kampf gegen den Terrorismus notwendig. Eine erfolgreiche Eindämmung und Bekämpfung terroristischer Netzwerke und ihrer Akteure bedarf auch weiterhin eines starken politischen, zivilen aber auch militärischen Engagements der internationalen Gemeinschaft.

Die langfristige Stabilisierung Afghanistans und ein erfolgreicher Wiederaufbauprozess kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt ebenfalls nur durch einen Gesamtansatz von politischen, zivilen und militärischen Mitteln gewährleistet werden. Aufgrund der prekären Sicherheitslage können zivile Wiederaufbauhelfer ohne eine militärische Absicherung nicht tätig werden. Ohne Sicherheit ist kein Wiederaufbau in Afghanistan möglich. Umgekehrt gilt: ohne Wiederaufbau keine Sicherheit.

Der Deutsche Bundestag hat sich daher zu Recht vor wenigen Wochen für eine Verlängerung des ISAF Einsatzes in Afghanistan ausgesprochen. Unter der Führung der NATO leistet die Bundeswehr dabei einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung Afghanistans und zur Terrorismusprävention.

Ohne eine Beteiligung der US-Regierung ist eine erfolgreiche internationale Kooperation als Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus weder denkbar noch sinnvoll. Dies gilt auch für Afghanistan. Gleichzeitig muss das konkrete Vorgehen der US-Regierung gerade auch im

Rahmen von OEF deutlich kritisiert werden. Mit dem Inkrafttreten des Military Commissions Act im Oktober 2006 wird der US-Armee die uneingeschränkte willkürliche Verhaftung von Terrorverdächtigen sowie die Anwendung folterähnlicher Verhörmethoden erlaubt. Dem US-Präsidenten wird das Recht eingeräumt, „Inhalt und Anwendung der Genfer Konventionen“ zu interpretieren. Diese Missachtung des Völkerrechts zerstört die Glaubwürdigkeit und Legitimation von Terrorbekämpfung und beeinträchtigt ihre Wirksamkeit. Außerdem gibt es begründeten Anlass zur Kritik an dem militärischen Vorgehen der US-geführten Operation Enduring Freedom (OEF). Dazu zählt unter anderem die Praxis, Opiumfelder zu zerstören und auf diese Weise Bauern in die Hände von „Oppositionellen Militanten Kräften“ zu treiben, ohne das Ziel der Beendigung des Drogenanbaus nachhaltig zu erreichen.

Zudem hat sich fünf Jahre nach der Intervention in Afghanistan und dem Sturz des Talibanregimes die Sicherheitslage in den Südostprovinzen dramatisch verschlechtert. Terroristische und radikalislamistische bewaffnete Gruppen wie Taliban, Al Qaida und Mitglieder der Hizb-e Islami unter Führung von Hekmatyar kämpfen hier teilweise im Verbund mit kriminellen Akteuren der Drogenkartelle gegen die Zentralregierung und bedrohen den fragilen Aufbauprozess. Aussagen von zivilen und militärischen Afghanistan-Experten ergeben übereinstimmend die Bewertung, dass nicht die bloße Präsenz von OEF, sondern deren Art und Weise der Operationsführung den „Oppositionellen Militanten Kräften“ Auftrieb gegeben hat. So hat sich die Sicherheitslage durch die Zunahme militärischer Attacken von militanten Gruppen in den Südprovinzen von einer „Patt-Situation“ im Vorjahr zu einem regelrechten Aufstand in diesem Jahr entwickelt.

Nach der West-, Süd- und Osterweiterung ist die NATO-geführte und VN-mandatierte Unterstützungstruppe ISAF mit 31.000 Soldatinnen und Soldaten, davon ca. 11.000 US-Truppen, inzwischen in ganz Afghanistan aktiv und stationiert. Viele zentrale Unterstützungsleistungen (Evakuierung, Luftnahunterstützung), die früher von OEF für ISAF bereitgestellt wurden, werden nun auch von ISAF selbst gestellt. ISAF selbst führt heute auch, wie zuletzt im Süden, massive Militäreinsätze zur Aufstandsbekämpfung durch.

Militärisches Vorgehen kann nur als Unterstützung einer politischen Strategie und ziviler Wiederaufbauprojekte erfolgreich sein. Hierbei hat sich Deutschland in der Vergangenheit als verlässlicher Bündnispartner erwiesen und leistet einen erheblichen Beitrag, insbesondere in Afghanistan. So hat Deutschland als Lead-Nation beim Aufbau einer funktionsfähigen afghanischen Polizei qualitativ hervorragende Beiträge geleistet. Um diesen Beitrag schneller

in die Fläche zu bringen, sollte das deutsche Kontingent von derzeit 40 Polizeiberatern deutlich aufgestockt und in eine EU Polizeimission überführt werden.

Gleichzeitig müssen – wie vom Sondergesandten der Vereinten Nationen in Afghanistan, Tom Koenigs gefordert – auch die zivilen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft in den Provinzen (insbesondere des Südens und Ostens) intensiviert werden, um den „Oppositionellen Militanten Kräften“ den Nährboden zu entziehen. Hier sind insbesondere die stärkere Unterstützung und Einbeziehungen von lokalen Governance-Strukturen notwendig. Auch müssen insbesondere die USA stärker als bisher auf Pakistan einwirken, um Terroristen Rückzugsgebiete an der Grenze zu Afghanistan zu nehmen.

Weiterhin leistet die Bundesrepublik im Rahmen der OEF Mission durch die Bereitstellung von Marinekräften zur Überwachung des Seeraums am Horn von Afrika einen Beitrag zur militärischen Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Dieser Einsatz bleibt grundsätzlich auch weiterhin notwendig.

Wir halten die Informationspolitik der Bundesregierung für völlig unzureichend. Sie hat bis zum heutigen Tag keine umfassende Bewertung über die Erfolge und Misserfolge von OEF vorgelegt und daher auch nicht überzeugend begründen können, warum die Mission unter den heutigen Rahmenbedingungen fortgesetzt werden soll. Sie hat es zudem versäumt, den Deutschen Bundestag kontinuierlich und systematisch über den Einsatz der deutschen Soldaten im Rahmen von OEF zu unterrichten und hat damit eine wesentliche Grundvoraussetzung für die parlamentarische Zustimmung verletzt.

Wir kommen daher zu dem Schluss, dass die OEF-Mission in der gegenwärtigen Form immer weniger zielführend und verantwortbar ist. Wir werden dem Antrag der Bundesregierung auf eine Verlängerung des OEF Mandats nicht zustimmen und uns unserer Stimme enthalten. Wir fordern die Bundesregierung auf, international für eine Veränderung der Strategie und Vorgehensweise von OEF einzutreten. Es ist auch zu prüfen, ob die zwei verschiedenen Militärmandate in Afghanistan noch zweckmäßig sind.

Marieluise Beck

Birgitt Bender

Matthias Berninger

Thea Dückert

Uschi Eid

Katrin Göring-Eckardt

Anja Hajduk

Priska Hinz

Anna Lührmann

Omid Nouripour

Krista Sager

Rainer Steenblock

Silke Stokar

Wolfgang Wieland

Margareta Wolf